

---

## **Resolution Zur Zukunft Europas** **Internationale Angelegenheiten & Europa**

(Original)

---

### *Historie*

Hinweisend auf die ursprüngliche, von Stresemann, Briand und anderen paneuropäischen Staatslenkern in der Zwischenkriegszeit erdachten, Idee der friedlichen Einigung der einzelnen verfeindeten souveränen Nationalstaaten Europas,

Hervorhebend dass bei der europäischen Einigung bereits mehrere bedeutende Schritte eingeleitet wurden, unter anderem durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1954), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957), der Abschluss der Maastrichter Verträge (1992), und der Verträge von Lissabon (2007),

Bedauernd das Scheitern der Initiative einer Europäischen Verfassung (2004) mit der Unterschrift der einzelnen Staats- und Regierungschefs, die durch die verweigerte Ratifizierung einzelner Mitgliedsstaaten nach Referenda abgelehnt wurde,

Betonend das Projekt der europäischen Einigung als Projekt der Friedenssicherung und Friedensschaffung zu verstehen, gegebenenfalls auch als Projekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Vereinheitlichung, nicht als Versuch einen zentralistischen Regulierungsapparat zu erschaffen, wie von Kritikern der Europäischen Union behauptet,

Beschwörend den Geist und die Euphorie die die Idee einer europäischen Staatengemeinschaft seit jeher umgaben,

Anknüpfend an die Entschlossenheit der Gründerväter der europäischen Integration der Nachkriegszeit, namentlich Alcide de Gaspari, Konrad Adenauer, Altiero Spinelli, Joseph Bech, Johan Willem Beyen, Winston Churchill, Walter Hallstein, Sicco Mansholt, Jean Monnet, Paul-Henri Spaak und Robert Schuman,

Erkenntnis nehmend von der maßgeblichen Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika an einer Annäherung der europäischen Nationalstaaten, unter anderem durch die Wirtschaftshilfen des Marshallplans, der Gründung der Economic Cooperation Administration usw.,

Luxemburg, den 2. Juni 2014

Betonend die Bedeutung der Osterweiterung der Europäischen Union nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs und der Auflösung der ehemaligen Sowjetunion,

Hervorhebend die Wichtigkeit der Ausweitung der europäischen Einigungsidee auf alle dafür geeigneten Staaten,

Mit Verve hinweisend auf die gemeinsam errungenen Erfolge der europäischen Staaten, die friedliche Einigung eines ehemals verhassten Kontinents, und daraufhin lobend die Anerkennung der selbigen Leistungen durch das Nobelpreiskomitee mit der Verleihung des Friedensnobelpreises (2012),

### *Institutionen und Strukturen*

Betonend die Wichtigkeit des Europäischen Parlaments, als legitimierte und gewählte Repräsentation des europäischen Volkes,

Hervorhebend die Arbeit der Europäischen Kommission, das exekutive Organ der europäischen Verträge, mit ihrem Kommissionspräsidenten und den 26 bestimmten Kommissaren,

Zur Kenntnis nehmend die Existenz und Notwendigkeit des Rats der Europäischen Union, besser bekannt als sogenannter Ministerrat, und des Europäischen Rates, allgemein als Rat der Staats- und Regierungschefs benannt,

Anerkennend die Leistungen der Europäischen Zentralbank und ihrer europäisch geführten Geldpolitik,

Betonend die Entscheidungsunabhängigkeit des Europäischen Gerichtshofs und die Reichweite seiner Rechtsprechung,

Hinweisend auf die Bedeutung des Europäischen Rechnungshofs und der Europäischen Investitionsbank,

### *Ambitionen und Ziele*

Betonend die notwendige Ungenauigkeit eines idealistisch verfassten Versuchs die tradierte Formen der EU-Institutionen zu sprengen und diesen Versuch als Vorantreiben des Europäischen Einigungsgedanken zu verstehen,

Abschließend anlehnend an die Zitate Robert Schumans: „dass jeder Krieg (...) nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist“ und „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“ für ein vereintes Europa eintretend,

### *Demokratie*

1. Erinnert daran, dass die EU nicht so anti-demokratisch wie von manchen gesagt wird, da das Europäische Parlament (EP) direkt von den Europäischen Bürgern gewählt wird, die Mitglieder vom Rat und vom EU Rat auf nationaler Ebene gewählt sind, und die Mitglieder indirekt gewählt sind, da sie vom EP und von nationalen Regierungen ernannt sind.
2. Ist der Meinung, dass die Demokratie in der EU aber weiter gestärkt werden könnte, wenn nationale Parlamente mehr und besser im Legislationsprozess beteiligt wären. Die nationalen Parlamente hätten aber dann auch eine größere Verantwortung, sich effektiv, kompetent und schnell genug mit europäischen Themen zu beschäftigen.
3. Beglückwünscht die nationalen Regierungen, den Willen der Bürger zu respektieren und deshalb Jean-Claude Juncker, Spitzenkandidat der größten EP-Fraktion (die EVP Fraktion), zum Kommissionspräsidenten zu ernennen.
4. Weist darauf hin, dass eine „Politisierung“ der EU mit regelmäßigeren Debatten über den Inhalt der EU-Politiken, anstatt nur eine pro-/anti-EU Opposition zu haben, auch dazu führen könnte, dass die Bürger sich mehr für Europapolitik interessieren und besser verstehen, was Europa für sie tut.

### *Bürgernähe der EU*

5. Verturteilt das Verhalten vieler Politiker und Medien, die Europa immer nur erwähnen wenn etwas schief geht um es zu kritisieren, und die dadurch ein großes Teil der Schuld an dem relativen Wahlerfolg der Euroskeptischen Parteien tragen.
6. Fordert, dass die Rolle der EU den Bürgern besser erklärt wird, besonders das Verteilen der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in manchen wichtigen Politiken wie die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.
7. Ist der Meinung, dass der konkrete, tägliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft mehr im Vordergrund stehen müssten, insbesondere die sozialen Mindeststandards, die Umweltschutznormen, der Euro und die Preisstabilität, und nicht zuletzt der Frieden.
8. Weitere Lösungen, um die Bürgernähe der EU zu steigern, beinhalten unter anderem:
  - a. Öftere europapolitischen Debatten in den Medien
  - b. Eine bessere mediatische Visibilität der EU-Politiker, z.B. durch eine in ganz Europa fernseh- und radioübertragte Jahresendbotschaft des Kommissionspräsidenten und eine bessere Mediatisierung der jährlichen *State of the Union* Rede.
  - c. Einen stärkeren Fokus auf EU-Symbole wie der Europatag (9. Mai gesetzlicher Europäischer Feiertag) und die europäische Hymne.

Luxemburg, den 2. Juni 2014

- d. Eine „europäische Bildung“, d.h. eine Erziehung wo jedes Kind die Geschichte Europas (statt fast nur des eigenen Landes) und mindestens zwei europäische Fremdsprachen (darunter, wenn möglich, Englisch) lernt.
  - e. Die Förderung des Austauschs zwischen EU-Bürgern, beispielhaft vorangetrieben durch das Programm Erasmus + für Studenten und Jugendliche
  - f. Das Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft und eines paneuropäischen Medienraums.
9. erinnert die Bürger an ihre Bürgerpflichten, insbesondere sich an der Politik zu interessieren und beteiligen, u.a. dadurch, dass sie wählen gehen und auch, wenn angebracht, an einer europäischen Bürgerinitiative teilnehmen.

#### *Euroskeptische Parteien*

10. Denkt, dass euroskeptische Parteien mit konkreten Argumenten und Politikvorschlägen am besten bekämpft werden; dadurch werden die inhaltlichen Schwächen dieser Parteien ans Licht gebracht.
11. Weist auf die Verschiedenheit und Uneinigkeit von Anti-EU Parteien hin, so dass Argumente gegen jede solche Partei entwickelt werden müssen.
12. Ist sich sicher, dass die Implementierung der Punkten 3 bis 8 dieser Resolution effektiv dazu beitragen werden, dass euroskeptische Parteien wieder kleiner und schwächer werden.

#### *Kompetenzen der EU*

13. Betont, dass das Subsidiaritätsprinzip wirklich respektiert wird, damit die Entscheidungen immer auf der richtigen Ebene und den Bürgern so nah wie möglich getroffen werden.
14. Betont auch, dass ein föderales Europa nicht die Form eines europäischen, bürokratischen Superstaat, das von Brüssel geleitet wird, nehmen würde, sondern das Subsidiaritätsprinzip stärken würde.
15. Ist der Meinung, dass die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen (vor allem, der EU-Ebene und der nationalen Ebene) klarer getrennt sein sollten, damit die Bürger wissen, wer die Verantwortung für was trägt.
16. Fordert eine tiefere Integration der Eurozone, die allen Mitgliedstaaten offen wäre, um die heutigen europäischen wirtschaftlichen Problemen schneller und besser beseitigen zu können.
17. erinnert daran, dass eine tiefere Integration auch nötig ist, um die Rolle der EU auf der Weltebene zu stärken, insbesondere um unsere Interessen zu

Luxemburg, den 2. Juni 2014

sichern und unsere Lebensstandards und Werte (Demokratie, Menschenrechte, usw.) zu schützen und zu verbreiten.

18. Betont die absolute Notwendigkeit, dass die EU nicht nur als ein Wirtschaftsprojekt wahrgenommen wird, sondern auch eine politische und kulturelle Dimension beinhalten soll.

#### *Institutionen der EU*

19. Fordert, dass die EU-Kommission eine richtige „EU Regierung“ wird; dafür müssten treffende Portfolien definiert werden, und die Kommission könnte dadurch auch kleiner sein, z.B. mit einer Anzahl von Kommissaren die der Hälfte der Mitgliedstaaten gleicht (d.h. zurzeit 14 Kommissaren).
20. Fordert, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament wirklich europäisch werden, z.B. dadurch, dass
  - a. 5% der MdEPs auf einer paneuropäischer Liste gewählt werden (mit der Möglichkeit für die Wähler, Präferenzen auszudrücken).
  - b. Pan-europäische Debatten in allen Mitgliedstaaten von Massenmedien übertragen werden.
  - c. Ein einziges Programm von den Mitgliedern jeder europäischer politischer Familie verteidigt wird (anstatt nur eine gemeinsame politische Plattform).
21. Fordert, dass das EP wirklich Co-Legislator in allen Bereichen der EU Politik wird.
22. Ist der Meinung, dass das EP stärker mit nationalen Parlamenten kooperieren sollte, um die demokratische Legitimität der EU-Entscheidungen weiter zu stärken.
23. Fordert, dass die Entscheidungen im Rat der EU (Ministerrat) so oft wie möglich mit einer einfachen Mehrheit anstatt einstimmig getroffen werden.